

Gerstenberger, Wolfgang

Article

Neue Themen - alte Fragen

ifo Dresden berichtet

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Gerstenberger, Wolfgang (2001) : Neue Themen - alte Fragen, ifo Dresden berichtet, ISSN 0945-5922, ifo Institut, Niederlassung Dresden, Dresden, Vol. 08, Iss. 1, pp. 3-5

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/169574>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Neue Themen – alte Fragen

Mit dem neuen Jahr beherrschen andere Themen die wirtschaftspolitische Diskussion. Der Themenwechsel hängt maßgeblich mit einer veränderten Wahrnehmung der wirtschaftlichen Entwicklung in den Vereinigten Staaten zusammen. Wie üblich ist der Wechsel sehr radikal. Ähnlich wie an den Börsen, wo vor einem Jahr Optimismus herrschte und Kursgewinne ohne Ende erwartet wurden, und heute insbesondere für die Technologiefirmen schwarz gesehen wird, hat sich auch die Einschätzung der Vereinigten Staaten total gedreht. Statt ungebremsen Wachstums wird ein Konjunkturrückschlag mit harter Landung befürchtet. Damit zusammenhängend, ist aus dem schwächelnden Euro plötzlich wieder eine Währung geworden, die Vertrauen verdient.

Fakten und Fiktionen

Vor dem Hintergrund der neuesten OECD-Prognose für die Vereinigten Staaten ist die aktuelle Aufregung wenig verständlich. Nach einem Wachstum der amerikanischen Wirtschaft von fast 6 % im abgelaufenen Jahr erwartet die OECD für 2001 und 2002 zwar eine Abschwächung des Wachstums auf 3 bis 4 %. Diese Rate läge immer noch leicht über dem langfristigen Wachstumstrend der USA. Damit würde die amerikanische Wirtschaft auch schneller expandieren als die europäische Wirtschaft. Für die Europäische Union wird ein Wachstum prognostiziert, das knapp unter 3 % liegt.

Die OECD weist allerdings auch auf Risiken der US Prognose hin. Ein wichtiges Risiko ist gerade, dass der aktuelle Pendelschlag in der Bewertung der Unternehmen an den Börsen zu einer übertriebenen Korrektur führt, die sich wiederum dämpfend auf die Ausgabenbereitschaft von Konsumenten und Investoren auswirkt. Ein schärferer Wachstumseinbruch wird deshalb nicht ausgeschlossen.

Mehr Information – weniger Rationalität?

Der Einfluss von Stimmungsschwankungen auf die Konjunktur ist ein alt bekanntes Phänomen. Unter Wirtschaftspolitikern wird oft der Satz zitiert, dass die Konjunktur zu 50 % Psychologie ist. Stimmungsschwankungen waren auch schon in früheren Perioden zu beobachten. Es hat aber den Anschein, dass die Übertreibungen nach oben wie nach unten eher zugenommen haben.

Falls dies wirklich zutrifft, so wäre dies ein sehr bedenkliches Phänomen. Es hieße nämlich, dass der hohe Zuwachs an Informationen, der sich aus der Nutzung des Internet und der elektronischen Medien ergibt, nicht zu verlässlicheren Grundlagen für die Beurteilung der wirtschaftlichen Situation führt. Vielmehr scheint das Mehr an Informationen die Akteure an den Kapitalmärkten – sie zählen zu den intensivsten Nutzern der modernen Informations- und Kommunikationstechnik – eher zu verunsichern und hektische Reaktionen zu provozieren. Möglicherweise verstärkt auch die Beschleunigung der Kommunikation und das „Banking around the world and around the clock“ die Meinungsschwankungen bei den Marktmachern und auftretende spekulative Wellen.

Vielleicht fehlt es aber auch nur an der Qualität der Information und/oder an den Instrumenten, um aus der Informationsflut die belastbaren Daten herauszufiltern. Hierfür spricht, dass sich gerade die Bewertungen der Unternehmen der „New Economy“ fast über Nacht radikal verändert haben. Sicher hängt dies auch damit zusammen, dass die gewohnten Bewertungsmaßstäbe auf diese wissensgestützte Industrie nicht anwendbar sind. Der kritische Produktionsfaktor ist in den Unternehmen der „New Economy“ nicht das physische Kapital (Maschinen, Gebäude) sondern das immaterielle Kapital (z. B. Wert der Produktions- und Vermarktungsrechte) der Unternehmen sowie deren Humankapital, also die Qualität, Motivation und Kreativität der Mitarbeiter. Für diesen Firmenkreis müssen adäquate Messlatten erst entwickelt werden. Es lohnt sich sicher, diesen Fragen nachzugehen und die Schwachstellen zu identifizieren.

EU Erweiterung

Ein Thema, nämlich die EU-Erweiterung, wird mit großer Sicherheit in Europa, in Deutschland und in den neuen Bundesländern auch im neuen Jahr ganz

oben stehen. Zwar war der EU-Gipfel von Nizza kein Glanzlicht der europäischen Integrationsbemühungen, aber er hat den Beitrittskandidaten Hoffnung gegeben und die Perspektiven für den Beitritt ein Stück konkretisiert. Viele Fragen bleiben aber ungelöst.

Warum keine Avantgarde?

Ein wichtiges Thema wird sein, ob der Beitritt der Kandidaten in einem Schub wirklich der Weisheit letzter Schluss ist. Immer deutlicher wird nämlich, dass der komplexe Prozess der Transformation und Umstrukturierung sich aufgrund nationaler Besonderheiten von Beitrittskandidat zu Beitrittskandidat unterschiedlich entwickelt. Nicht einmal die Übertragung ein und derselben Institution, die sich in einem fortgeschrittenen Industrieland bewährt hat, führt in zwei Beitrittsländern zu identischen Ergebnissen. Da die polit-ökonomischen Strukturen der Länder sowie die Macht und der Einfluss der Interessengruppen sich unterscheiden, ist auch der Widerstand gegenüber Reformen, die für den Beitritt realisiert werden müssen, unterschiedlich ausgeprägt und leichter oder schwerer zu überwinden. Zwangsläufig ergeben sich hieraus Abweichungen im Reformtempo.

Das Festhalten an einem gemeinsamen Termin für die Gruppe der Beitrittsländer der ersten Runde wird damit zunehmend problematisch.¹ Ein aus politischen Gründen früh gesetzter Termin könnte schwere Friktionen wirtschaftlicher und sozialer Art und politische Krisen bei einzelnen Beitrittskandidaten nach sich ziehen. Ein Termin, der mehr auf die Situation bei den Nachzüglern Rücksicht nimmt, könnte dazu führen, dass die am weitesten fortgeschrittenen Länder in ihren Anstrengungen nachlassen. Nach Nizza ist es Gruppen von EU-Ländern gestattet, auf bestimmten politischen Gebieten voranzugehen und die Avantgarde zu bilden. Was spricht eigentlich gegen eine Avantgarde bei den Beitrittskandidaten?

Abschied von Klischees

Bei der Erörterung der Konsequenzen der EU-Erweiterung für die „Altmitglieder“ wird es Zeit, dass man sich von Schwarz-Weiß-Malerei löst, die Faktenbasis verbreitert und vertieft und die Schattierungen zur Kenntnis nimmt. Dabei wird man sich auch von lieb gewordenen Klischees trennen müssen. Zu diesen Klischees zählt, dass die Beitrittskandidaten in erster Linie im Niedriglohn-Sektor wettbewerbsfähig sind. Wie auf einem vom ifo Institut veranstalteten Symposium mit dem Institut für Weltwirtschaft Budapest deutlich wurde, stimmt dieses Klischee zumindest im Falle Ungarns nicht. Die vorgestellten Außenhandelsanalysen zeigten, dass sich Ungarn bereits eine ausgeprägte Spezialisierung in Hochtechnologiebereichen und Bereichen der gehobenen Technologie erarbeitet hat.

Dieser Befund wird durch eine gerade erschienene Untersuchung der OECD bestätigt. Diese ging detailliert der Frage nach, wie weit die verschiedenen Länder auf den Weg in die Informationsgesellschaft vorgedrungen sind. Nach dem Ergebnis des internationalen Vergleichs ordnet die Studie Ungarn unter die Länder mit der stärksten Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) ein.² Zu dieser Gruppe zählen auch Finnland, Irland, Korea, Schweden, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten. Deutschland wurde unter die Länder mit einem Rückstand bei der Umsetzung der digitalen IuK-Technik in der Produktion eingeordnet. Die neuen Bundesländer liegen noch unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt.³

Zwar muss die ungarische Position im Bereich der Produktion von Geräten und Einrichtungen sowie von Diensten der Informations- und Kommunikationstechnik noch genauer durchleuchtet und präzisiert werden. Zu klären ist insbesondere, inwieweit die ungarische Stärke eine eigenständige nationale Basis

¹ Vgl. im Einzelnen Inotai, A. (2000) *The Reasons behind the aggregate, „Big-Bang“ approach to EU Enlargement and the Dangers it holds*; Oktober 2000.

² OECD (2000) *Measuring the ICT-Sector*, Paris.

³ Vgl. im Einzelnen: Gerstenberger, W., *Wie stark ist die „New Economy“ in Ostdeutschland? In diesem Heft S. 26 ff.*

hat und inwieweit sie Ergebnis von Investitionsentscheidungen westlicher IuK-Unternehmen im Rahmen von deren Globalisierungsstrategie ist. Der IuK-Cluster, der sich in Ungarn herausgebildet hat, könnte ein Potential für Kooperationen darstellen, welche deutsche Regionen mit einem Schwerpunkt in der

IuK-Technik zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit auf dem internationalen Markt und für den Ausbau der eigenen Aktivitäten nutzen sollten.

Wolfgang Gerstenberger